

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Justizvollzugsanstalt jetzt professionell planen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zur Vermeidung weiterer Verzögerungen und Kostensteigerungen bei der weiteren Planung der Justizvollzugsanstalt Heidering folgende Vorgaben des zu beachten:

- Es wird nur eine Bauplanungsunterlage aufgestellt; die Erstellung von Teilbauplanungsunterlagen ist ausgeschlossen;
- im Zuge der Aufstellung der Bauplanungsunterlagen sind insbesondere auch energetische und Umweltaspekte (z.B. Aufheizung durch Glasfassaden, erforderliche Klimatechnik, ggf. alternative Energiegewinnung, Flächenverbrauch usw.) zu berücksichtigen;
- für die vorgeschriebene Kalkulation der voraussichtlichen Betriebskosten sind nicht nur die voraussichtlichen Ausgaben, sondern auch die voraussichtlichen Kosten einschließlich der kalkulatorischen und der Kosten für die Projektsteuerung darzustellen;
- zur Reduzierung der Kosten sind bei der Aufstellung der Bauplanungsunterlage, ggf. durch Hinzuziehung externen Sachverständigen, die Auswirkungen auf die Betriebskosten zu berücksichtigen;

- die verkehrstechnische Erschließung für den Besuchsverkehr mit dem öffentlichen Personennahverkehr und die Einhaltung heute selbstverständlicher Standards sind sicherzustellen und in die Kalkulation einzubeziehen;
- bei der Auswahl der Materialien ist auf Werkstoffe zurückzugreifen, die für einen Zweckbau angemessen sind und keine unnötigen Investitions- oder Betriebskosten (z.B. Glasreinigung) verursachen;
- bei der Vertragsgestaltung ist zu vereinbaren, dass das Urheberrecht bei Berlin liegt.

Ferner wird der Senat aufgefordert, für jede Abweichung vom bisherigen Raumprogramm die vorherige Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin einzuholen.

Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert, dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin unverzüglich zu berichten,

- welche Stelle mit welcher personellen Ausstattung die Projektverantwortung trägt und
- wie das Projekt unter Einbeziehung aller Kosten in der Kosten- und Leistungsrechnung abgebildet werden soll.

Begründung:

Auf Grund der inzwischen äußerst drängenden Bedarfssituation darf die Realisierung der JVA Heidering nicht mehr weiter durch Nachbesserungen einer undurchdachten Planung verzögert werden. Vor dem Hintergrund der nach wie vor angespannten Haushaltslage Berlins ist dabei gleichzeitig darauf hinzuwirken, dass die Kosten für Investition und Betrieb gleichzeitig möglichst niedrig gehalten werden.

Nachdem der Senat die Realisierung der JVA Heidering im Rahmen eines PPP-Modells abgelehnt und die SPD/Linke Koalition eine rechtzeitige Veranschlagung im Haushalt verhindert hat, droht für diese Investitionsmaßnahme nun auch noch der Verlust der Kostenkontrolle. Die Geschichte dieser Maßnahme ist vor dem Hintergrund der seit Jahren für Vollzugsbedienstete und Gefangene unzumutbaren Verhältnisse in den Berliner Gefängnissen bemerkenswert:

Im März 2001: Der Abgeordnete Wowereit (SPD) bittet im Hauptausschuss um Rückstellung der Vorlagen über die Errichtung der JVA bis zur Beratung des Nachtragshaushalts. Die Maßnahme, die er inhaltlich nicht bestreite, müsse in dessen Gesamtplanung eingebettet werden. Senator Wieland zieht die Vorlage

seines Vorgängers über die Errichtung der Justizvollzugsanstalt im Zuge der Aufstellung des Nachtrags zurück.

Arbeitsprogramm des Senats von Berlin bis zum Jahre 2004: In Grossbeeren soll die Justizvollzugsanstalt "Heidering" für den geschlossenen Männervollzug errichtet werden. Bei der Beschlussfassung über den Haushalt 2004/05 wird ein CDU-Antrag zur Aufnahme der Maßnahme in den Haushalt abgelehnt.

Erst im Haushalt 2006/07 sind spärliche Anfangsraten veranschlagt, ohne dass die Planung nennenswert vorangekommen wäre. Zu diesem Zeitpunkt hätte die Einrichtung kurz vor der Inbetriebnahme gestanden, wenn sie im Wege eines PPP-Modells finanziert worden wäre.

Gleichzeitig mussten erhebliche Steigerungen der Gesamtkosten verzeichnet werden: Nach dem Bedarfsprogramm aus dem Jahr 2000 lagen sie bei ca. 87 Mio. € im Haushalt 2006/07 waren es nur ca. 79,5 Mio. € und aktuell sind es 118,5 Mio. €

Über die Betriebskosten ist bis jetzt bekannt, dass sie etwa

für Personal	13.956.715 €
für Betrieb und Unterhaltung	1.154.240 €
<u>für Sachkosten</u>	<u>1.803.054 €</u>
insgesamt	16.914.009 €

betragen.

Die Verzögerungen und Kostensteigerungen sind darauf zurück zu führen, dass keine fachlich belastbare Vorplanung unter Einbeziehung der betriebswirtschaftlichen Aspekte, sondern ein klassischer Architektenwettbewerb durchgeführt wurde, mithin signifikante Programmänderungen und Kostenfolgen in Kauf genommen wurden und die Maßnahme nicht, wie bei einem PPP-Modell, im Wege der funktionalen Ausschreibung auf der Basis eines anerkannten umfassenden und fachlich fundierten Bedarfsprogramms unter Einbeziehung des Betriebs und dessen Kosten ausgeschrieben worden ist.

Vor dem Hintergrund langjähriger Erfahrungen ist damit zu rechnen, dass im Zuge der weiteren Planung darüber hinaus mittels der klassischen Argumente (z.B. Gründungsprobleme, Kontaminationen usw.) weitere Kostensteigerungen begründet werden. Allein wegen des ausgewählten Entwurfs sind z.B. wegen der

großen Glasflächen zusätzliche Bau- (Klimatechnik) und Betriebskosten (z.B. für Glasreinigung) bereits jetzt absehbar.

Insofern ist es geboten, durch eine straffe und transparente Projektorganisation und eine enge Kontrolle durch den Hauptausschuss kostendämpfend auf dieses Senatsprojekt zu wirken

Berlin, den 20. Februar 2008

Dr. Pflüger Goetze Graf Thamm Gram Seibeld
Rissmann
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU